



Protokoll

Kantonaler Parteitag vom 13. Januar 2011 in Balsthal im Kultursaal der Haulismatt, Beginn 19.45 – 22.00 Uhr

Stimmberechtigte im Saal: 73, gemäss Mandatskontrolle

Absolutes Mehr: 37

Gäste: 2

Entschuldigt: Sektion Wangen (Pascal Haussener), Peter Gomm (RR). Walter Schürch (KR), Daniel Bloch, Clivia Wullimann (KR), Hans Ruedi Ingold (RPK), Alex Capus, Peter Schafer (KR), Hans-Jörg Staub (KR), Bea Widmer, Markus Schneider (KR), Katrin Leuenberger (GL), Magdalena Schmitter, Franziska Burkhalter (KR), Trudy Küttel Zimmerli (KR)

StimmzählerInnen: Jürg Ottiger
Esther Gerlach
Gaby Ingold
Robert Rohrbach

Geschäftsliste

1. Eröffnung des ordentlichen Parteitages
2. Wahlen Stimmzähler
3. Genehmigung der Geschäftsliste
4. Genehmigung des Parteitag-Protokolls vom 28. Oktober 2010
5. Ersatzwahl in die Geschäftsleitung
Yves Fankhauser, Solothurn, Vertreter der JUSO anstelle von Oliver Schmid, Biberist
6. Parolen für die kantonalen Vorlagen
Abstimmungstermin 13. Februar 2011
Referat: Evelyn Borer, Parteipräsidentin
Volksinitiative für eine wirksame Verbilligung der Krankenkassenprämien

Referat: Franziska Roth, Mitglied Bildungskommission
Volksinitiative Familienfreundliche Tagesstrukturen in den Solothurner Gemeinden

Referat: Philipp Hadorn, Kantonsrat
Neubau eines Parkhauses für das Kantonsspital Olten; Bewilligung eines Verpflichtungskredites
7. Wahlen 2011
Information über Dachkampagne: Min Li Marti, SP-Schweiz
8. Beschluss über allfällige Listenverbindungen
Gemäss Statuten Art. 21. Abs. 5 Punkt 3
9. Volksinitiative für den Schutz vor Waffengewalt
Information: Roberto Zanetti, Ständerat
10. Varia

Kantonaler Parteitag

1. Eröffnung des Parteitages durch Parteipräsidentin Evelyn Borer

Begrüssst die Anwesenden und übergibt das Wort an den Präsident der Ortssektion Balsthal, bei der wir Gast sein dürfen.

Fritz Dietiker, SP-Sektionspräsident von Balsthal

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Geschätzte Genossinnen und Genossen

Zum 1. Parteitag in Balsthal möchte ich sie ganz herzlich begrüssen. Es freut uns, dass die Delegierten ins Thal nach Balsthal kommen und somit auch die kantonale Parteipolitik. Dies ist eine Premiere, vor fast 100 Jahren, im Jahre 1915 wurde nämlich in der Klus der Grütliverein gegründet, die Vorgängerorganisation der SP. Vor wenigen Jahren konnte die SP Balsthal ihr 92-jähriges Jubiläum feiern und hat dazu ein Buch verfasst, sowie ein sehr erfolgreiches Fest organisiert. Zu dieser Zeit stand fest, dass die SP die einzige Partei ist, die sich für notleidende Menschen einsetzt und konnte damals über 25% der Stimmen auf sich vereinen. Der erste Regierungsrat der SP war Hans Affolter, er war Mitglied des Grütlivereins von Balsthal. Grütlianer waren ebenso später dann SP-Mitglieder, mit ihnen auch der Wasserämter Meinrad Jäggi, der in die Klus zog und in der von Roll gearbeitet hat, also Arbeiter war. Als SP-Mitglied hatte er in der freisinnigen von Roll einen schweren Stand und wurde deswegen auch entlassen. Infolgedessen hat er sich dann aus der Politik zurückgezogen. Sein Enkel, der heute anwesende Walter Jäggi und seine Frau traten in seine Fusstapfen und interessieren sich noch heute mit 82 Jahren für das Politgeschehen und sind immer noch Parteimitglieder. Heute sind wir eine eher kleine Partei, haben 2 Gemeinderäte und wenig Mitglieder. Umso grösser ist die Anzahl Unabhängiger und Sympathisantinnen und Sympathisanten, die uns auch regelmässig unterstützen. Was uns stolz und zuversichtlich macht, ist, dass der kantonale Parteisekretär aus Balsthal kommt, Kantonsrat Fabian Müller, sowie die Region mit Marco Simon aus Oberbuchsiten zuhanden der Nominationsversammlung einen engagierten Nationalratskandidat stellt. Wir freuen uns über die Prominenz in Balsthal, wir haben eine Festwirtschaft, bitte benutzt sie. Ich glaube an die SP als gute Institution – liebe Genossinnen, liebe Genossen – herzlichen Dank.

Eröffnungsrede der Parteipräsidentin Evelyn Borer

Liebe Genossinnen und Genossen, Kolleginnen und Kollegen

Ich begrüsse euch alle ganz herzlich zum kantonalen Parteitag.

Mein besonderer Gruss geht an Ständerat **Roberto Zanetti** und Nationalrätin **Bea Heim**, Gäste und Vertreterinnen und Vertreter der Medien. Entschuldigt ist Regierungsrat **Peter Gomm**. Er hält ein Referat zur Palliativ Care Strategie im Kanton Solothurn und kann deshalb am Parteitag nicht teilnehmen.

Der heutige Parteitag ist der erste im Wahljahr 2011. Ich begrüsse an dieser Stelle ganz herzlich **Min Li Marti**. Sie ist **Kampagnenleiterin der SP Schweiz** und wird uns unter Traktandum 7 einen Einblick in das Thema Wahlen 2011 aus Sicht der SP Schweiz geben. Die Kampagne zu den Wahlen 2011 wird in diesem Jahr mit Zustimmung der Koordinationskonferenz und der einzelnen Kantonalparteien von der SP Schweiz in einer Lead- und Koordinationsfunktion geführt. Der einheitliche Auftritt in allen Kantonen soll durch die optische Vereinheitlichung eine gemeinsame Prägung erhalten. Damit werden die Themen noch mehr verdeutlicht, die Kräfte sowohl in personeller als auch in finanzieller Hinsicht gebündelt. Mehr dazu, wie schon erwähnt, wird uns Kampagnenleiterin Min Li Marti erläutern.

Das Wahljahr 2011 ist 13 Tage alt und bereits ist der Stil der Abstimmungen lanciert.

Mann und Frau – auch wenn Frau von Waffen nichts verstehen sollte – sind frei in ihrer Haltung zum Waffengesetz. Was nun aber abgeht in diesem Abstimmungskampf lässt schlimmes ahnen. Grundsätzlich finde ich es wichtig, dass Ton und Haltung dem gegnerischen Gegenüber anständig und respektvoll bleiben sollen. Das ist aber bereits kaum mehr möglich. Die abstrusesten Argumente werden hervorgeholt und wer sich zu einem Ja zum Waffengesetz bekennt ist nicht nur dafür, dass Waffen im Zeughaus aufbewahrt werden und dass Waffen und Träger von Waffen registriert werden, nein, er vernichtet die Grundwerte der Schweiz, stellt ihre Sicherheit in Frage und ist auch sonst gegen – ja gegen was?

Der Ton und die Art der Abstimmungsführung lässt schlimmes erahnen für die Abstimmungen, die da noch kommen werden. Es gefällt mir nicht, dass zunehmend Diffamierungen Teil von Abstimmungsstrategien sind. Menschen, auch wenn sie politisch eine andere Gesinnung vertreten und/oder thematische Kontrahenten sind, sollten sich gegenseitig mit Anstand und Respekt behandeln. Die Schweiz hat eine lange Tradition der Konkordanz, der Zusammenarbeit, der gemeinsamen Erarbeitung von Lösungen. Das wird zunehmend schwieriger, wenn nicht mehr mit Argumenten und Lösungsvorschlägen sondern mit Gehässigkeiten, mit Feindbildern, mit Angstmacherei gefochten wird. Wappnen wir uns also. Aber mit Argumenten, mit guten Vorschlägen und konstruktiven Lösungsansätzen und hüten wir uns davor, Politik über Diffamierungen und mit unlauteren Mitteln zu machen.

Und – dies am Rande und damit es klar ist - ich werde mich für ein Ja zum Waffengesetz einsetzen. Aber auch wenn es zunehmend schwieriger wird sozialpolitische, das Land weiterentwickelnde Ziele zu erreichen. Die SP ist die Partei, die konstruktiv und zum Wohl der Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Solothurn, der Schweiz arbeitet und Lösungen sucht und präsentiert. Damit uns das auch weiterhin gelingt müssen wir stark sein, müssen wir angemessen in den Gremien vertreten sein.

Das heisst für uns und das Wahljahr 2011:

Der Ständeratssitz bleibt in SP Hand und zwei Nationalratsmandate sind das Ziel.

Wir sind wählerstark genug. Aber wir müssen unsere Wählerinnen und Wähler und die unentschlossenen unter ihnen von unseren Zielen überzeugen und sie zur Urne bringen. Das bedeutet Arbeit, Engagement und Einsatz. Gemeinsam werden wir das auch schaffen. Und damit wir Wählerinnen und Wähler überzeugen und gewinnen können, müssen wir unsere Themen klar und deutlich formulieren.

Wir müssen unsere Forderungen

- Arbeit für alle
 - eine gute Volksschule und gute und genügende Berufsausbildungsplätze
 - für Weiterbildungsangebote, die helfen den Anforderungen des heutigen Berufslebens gerecht zu werden
 - eine Prämienverbilligung, die den Namen verdient
 - sinnvolle Tagesbetreuungsangebote sowohl für Kinder als auch für alte Menschen, die zur Entlastung von Familienangehörigen tageweise Betreuung brauchen
 - vernünftige Finanzierungslösungen für Pflegeleistungen im Alter
 - für Investitionen in erneuerbare Energien und den öffentlichen Verkehr
- laut und deutlich vorbringen und uns einsetzen, dass diese Forderungen auch erfüllt werden.

Auf dem Weg dorthin und zu einem tollen Wahlfest im Oktober 2011 wartet Arbeit und warten Aufgaben auf uns.

Kantonaler Parteitag

Der heutige Parteitag hat auf der Traktandenliste **die Parolenfassung** für drei kantonale Abstimmungen im Februar. Die Menschen brauchen Arbeit und Einkommen um ihr Leben und das ihrer Familien bestreiten zu können. Die stetig steigenden Krankenversicherungsprämien und die hohen Mieten, die steigenden Preise beim täglichen Lebensbedarf belasten viele Familienbudgets, bereiten Sorgen und Stress. Nicht immer ist es allen Familien und auch alleinstehenden Menschen möglich, ihren Verpflichtungen vollumfänglich nachzukommen. Dann muss mit gezielten Hilfestellungen die Kaufkraft gestärkt werden. Unsere Initiative zur sinnvollen und **wirksamen Prämienverbilligung** ist ein Teil der möglichen Erleichterung und Hilfestellung.

Sind die Kinder in Krippe oder **Tagesschule** betreut, so können die Eltern für ein Familieneinkommen sorgen. Dafür braucht es aber eine gute umfassende Tagesbetreuung. Auch dieses Thema wurde durch die SP bereits lanciert. Mit dem Auftrag der SP Fraktion des Kantonsrats und der Initiative des Freisinns stand das Thema der Tagesbetreuung auf der Themenliste. Unsere Forderung, dass jedes Kind Anspruch auf eine ansprechende Betreuung ergänzend zur Schule in Form einer Tagesbetreuung hat, müssen wir deutlich machen. Die Initiative **Familienfreundliche Tagesstrukturen** wird von **Franziska Roth** noch detailliert vorgestellt.

Die dritte zu bestimmende Parole betrifft das Neubauprojekt für **ein Parkhaus beim Kantonsspital Olten**. Aus der Presse konnte entnommen werden, dass der Weg zu diesem Neubau mit einigen Stolpersteinen erschwert war. Die Ausführungen dazu wird **Philipp Hadorn**, Kantonsrat darlegen.

Ich freue mich auf engagierte und konstruktive Diskussionen.
Der Parteitag vom 13. Januar 2011 ist eröffnet.

2. Bestellung Stimmzählerinnen, Stimmzähler

Die vorgeschlagene Stimmzählerinnen und die Stimmzähler werden ohne Gegenstimme gewählt.

3. Genehmigung der Geschäftsliste

Die Präsidentin stellt den Antrag, dass das Traktandum 8, Beschluss über allfällige Listenverbindungen verschoben werden soll. Diesbezüglich seien noch keine Ergebnisse beschlussreif.

Die Geschäftsliste wird mit dieser Änderung einstimmig genehmigt.

4. Genehmigung der Parteitags-Protokolle vom 28. Oktober 2010

Das Protokoll vom 28. Oktober 2010 in Dornach wird diskussionslos genehmigt und verdankt.

5. Ersatzwahl in die Geschäftsleitung

Evelyn Borer stellt Yves Fankhauser aus Solothurn als neuer Vertreter der JUSO für die Geschäftsleitung der SP Kanton Solothurn vor. Yves nimmt schon seit einiger Zeit an den Sitzungen teil und arbeitet als sehr aktives Mitglied mit, ist 21-jährig, arbeitet bei der Post als Informatiker und ist bereits Mitglied bei in der GL der JUSO Schweiz. Sein Vorgänger, Oliver Schmid war vom Juli 2008 – Ende 2010 Mitglied der Geschäftsleitung. Seine Mitarbeit während dieser Zeit wurde in seiner Abwesenheit verdankt.

Kantonaler Parteitag

Wahl: Yves Fankhauser wird ohne Gegenstimme mit grossem Applaus als neues Mitglied der Geschäftsleitung der SP Kanton Solothurn gewählt.

6. Parolen für die kantonalen Vorlagen für die Abstimmung vom 13. Februar 2011

1. Referat von Evelyn Borer zur SP Volksinitiative für eine wirksame Verbilligung der Krankenkassenprämien, Kantonsrätin, Mitglied Sozial- und Gesundheitskommission und des Initiativkomitees

Am 13. Februar entscheidet die Stimmbevölkerung des Kantons Solothurn über die Volksinitiative der Sozialdemokratischen Partei für eine wirksame Verbilligung der Krankenkassenprämien an der Urne. Die Initiative wurde am 25. März 2009 mit 3'528 gültigen Unterschriften eingereicht und verlangt eine Anpassung des Sozialgesetzes vom 31. Januar 2007. Insgesamt sind davon 2 Paragraphen und 3 Absätze betroffen.

- **neu: § 56 Absatz 1 Buchstabe c: streichen**
- bisher: § 56 Absatz 1 Buchstabe c: die Erhöhung des Kantonsanteils in der Prämienverbilligung nach § 93 Absatz 3 bis zu einem Höchstbetrag von 30 Millionen Franken endgültig.
- **neu: § 93 Absatz 2 Der Kantonsbeitrag entspricht 120% des Bundesbeitrags**
- bisher: § 93 Absatz 2 Der Kantonsbeitrag entspricht 80% des Bundesbeitrags.
- **neu: § 93 Absatz 3 (neu) Den Kantonsbeitrag legt der Kantonsrat endgültig fest. Er kann den Kantonsbeitrag bis auf die Höhe des Bundesbeitrags kürzen, wenn die Prämienverbilligung für versicherte Personen und Familien in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen trotzdem sichergestellt ist.**
- bisher: Den Kantonsbeitrag legt der Kantonsrat endgültig fest. Er kann den Kantonsbeitrag um höchstens 30 Millionen Franken erhöhen.

Was will die Initiative?

- Der Kanton Solothurn steuert 120% des Bundesbeitrags bei, bisher 80%
- Den Mittelstand stärken
- Die bisherigen Anspruchsberechtigten wirksamer entlasten
- Die gezielte Unterstützung von Familien
- Die Rentnerinnen und Rentner entlasten
- Den Prämienwahnsinn bremsen
- Die Kaufkraft erhöhen

Warum braucht es die Initiative?

- Krankenkassenprämien explodieren
- Haushaltsbelastung massiv
- Prämienanstieg seit 2001 für Kinder und Erwachsene 70% und für junge Erwachsene 126%
- Reallohnanstieg in der gleichen Zeit: 5%
- Folgen sind klar: Verlust von Kaufkraft, Belastung für Mittelstand nimmt dramatisch zu, höhere Sozialausgaben
- SP kämpft für die Bevölkerung

Warum ist die heutige Prämienverbilligung nicht wirksam genug?

- Das Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) wurde mit dem Ziel verknüpft, dass ein Haushalt nicht mehr als 8% des Einkommens für die Krankenkassenprämien aufbringen soll.
- Der Vollzug der Prämienverbilligung liegt aber bei den Kantonen, deshalb gibt es auch grosse Unterschiede

Kantonaler Parteitag

- Der Kanton Solothurn drückt sich beim Vollzug dieser Zielsetzung und es müssen immer mehr Menschen deutlich mehr als 8% ihres Haushaltseinkommens für die Krankenkassenprämien aufwenden
- Es braucht eine spürbare Verbesserung

Beispiel:

- Im Jahr 2010 musste eine vierköpfige Familie mit zwei Erwachsenen, einem Kind und einem jungen Erwachsenen bei einem Einkommen von 60'000 Fr. mit der kantonalen Prämienverbilligung immer noch durchschnittlich 6'700 Fr. selber bezahlen. Dies entspricht einem Eigenanteil von über 11% und liegt somit deutlich über der sozialpolitischen Zielsetzung des Bundes von 8%.
- Dazu kommen Franchise und Selbstbehalt, Eigenanteile an stationären Behandlungen, nicht bezahlte Medikamente, Zahnarztrechnungen und weitere Gesundheitsausgaben

Wo steht der Kanton im Vergleich mit den anderen Kantonen?

- Der Kanton Solothurn ist im interkantonalen Vergleich weit abgeschlagen
- 2010 liegt der Kanton Solothurn an 17. Stelle
- Selbst Kantone mit tieferen Durchschnittsprämien als Solothurn, wie z.B. Thurgau, Freiburg oder Obwalden entlasten ihre Bevölkerung viel stärker.
- Mit der Annahme der Initiative käme der Kanton Solothurn immerhin an die 7. Stelle

Wie wird die Prämienverbilligung finanziert?

- Die Finanzierung erfolgt über Beiträge von Bund und Kanton
- Der Bund beteiligt sich pauschal jährlich mit 7.5% der Bruttokosten der Krankenversicherung
- Der Bundesbeitrag wird nach deren Wohnbevölkerung auf die Kantone aufgeteilt
- Die Kantone sind verpflichtet, den Bundesbeitrag vollumfänglich für die Prämienverbilligung einzusetzen
- In der Festlegung ihrer eigenen Beiträge sind die Kantone weitgehend frei
- Sie müssen die Prämien von Kindern und Erwachsenen für untere und mittlere Einkommen um mind. 50% verbilligen
- Versicherten in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen ist die Prämienverbilligung zu gewähren
- Den Kantonen steht es frei, die Anspruchsvoraussetzungen zu konkretisieren
- Die Prämienverbilligung im Kanton Solothurn stellt in jeder Hinsicht ein Minimalmodell dar
- Der Kanton Solothurn ist schuldenfrei und senkt schon wieder die Steuern für die Reichen – daher fordert die SP auch eine Entlastung des Mittelstandes, der Familien und zur Erhöhung der Kaufkraft

Weshalb geht die SP nicht über den Kantonsrat?

- Die SP stellt in der Budgetberatung im Kantonsrat jedes Jahr den Antrag zur Erhöhung der Prämienverbilligung
- Anträge im Kantonsrat wurden abgelehnt
- Anträge in den Kommissionen wurden abgelehnt
- Volksinitiative der SP hat der Kantonsrat abgelehnt
- Gegenvorschlag der Regierung hat der Kantonsrat abgelehnt

Fazit: FDP, CVP und SVP sind nicht bereit, die bürgerfreundliche Volksinitiative der SP mitzutragen und verwehren somit der Bevölkerung genügend Mittel für eine wirksame Verbilligung der Krankenkassenprämien

Ist die Initiative nötig?

- Die Schmerzgrenze explodierender Kopfprämien ist längstens erreicht
- 2010 stiegen die kantonalen Durchschnittsprämien um 10.2% für Kinder, um 15% für Erwachsene und für junge Erwachsene noch deutlich mehr
- 2011 stiegen die Durchschnittsprämien um 10,4% für Kinder und um 13,1% für Erwachsene
- Diese Entwicklung bricht nicht ab
- Gesundheitsökonom prognostizieren Prämiensteigerungen von 6% jährlich

Kantonaler Parteitag

- Damit die ungenügende Prämienverbilligung wenigstens im bisherigen Ausmass aufrecht erhalten wird, sind mehr Mittel nötig
- Die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat verhindert selbst die Beibehaltung des ungenügenden Status Quo

Wieso nach 12 Jahren wieder eine Volksinitiative?

- Im Jahr 1999 hatten 49,5% der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der damaligen SP-Volksinitiative für eine verbesserte Prämienverbilligung zugestimmt. Für einen Sieg fehlten lediglich 800 Stimmen
- Dies war ein deutliches Zeichen, dass der Kanton Solothurn sich vorwärts bewegen soll
- Trotzdem ist bisher nicht viel geschehen, der Kanton befindet sich im hintersten Drittel im Kantonsvergleich
- Wann - wenn nicht jetzt einer bürgerfreundlichen Prämienverbilligung zustimmen und dafür sorgen, dass Krankenkassenprämien nicht zum Armutsrisiko werden und wichtige Kaufkraft auffressen?

Wie setzt sich das massgebende Einkommen zusammen?

- Massgebendes Einkommen
= steuerbares Einkommen
+Aufrechnung der steuerfreien Beiträge an die Säule 3a, des Liegenschaftsabzugs, sowie 20% des Steuerbaren Vermögens
- Anspruchsberechtigung heute:
= zwischen Fr. 0.00 und Fr. 84'000.00

• 1 Erw.	EK. Fr. 24'000	IPV: Fr. 1'449.00	
• <u>1 Erw.</u>	<u>EK. Fr. 24'000</u>	<u>IPV: Fr. 1'942.00</u>	<u>+ Fr. 493.00</u>
• 1 Erw. 2 Ki.	EK. Fr. 36'000	IPV: Fr. 2'134.00	
• <u>1 Erw. 2 Ki.</u>	<u>EK. Fr. 36'000</u>	<u>IPV: Fr. 2'818.00</u>	<u>+ Fr. 684.00</u>
• 2 Erw. 2 Ki.	EK. Fr. 36'000	IPV: Fr. 5'434.00	
• <u>2 Erw. 2 Ki.</u>	<u>EK. Fr. 36'000</u>	<u>IPV: Fr. 6'610.00</u>	<u>+ Fr.1'176.00</u>
• 2 Erw. 1 J. 2 Ki.	EK. Fr. 36'000	IPV: Fr. 8'434.00	
• <u>2 Erw. 1 J. 2 Ki.</u>	<u>EK. Fr. 36'000</u>	<u>IPV: Fr 10'126.00</u>	<u>+ Fr.1'692.00</u>
• 2 Erw. 2 Ki.	EK. Fr. 60'000	IPV: Fr. 2'349.00	
• <u>2 Erw. 2 Ki.</u>	<u>EK. Fr. 60'000</u>	<u>IPV: Fr. 3'525.00</u>	<u>+ Fr.1'176.00</u>
• 2 Erw. 1 J. 2 Ki.	EK. Fr. 60'000	IPV: Fr. 5'349.00	
• <u>2 Erw. 1 J. 2 Ki.</u>	<u>EK. Fr. 60'000</u>	<u>IPV: Fr. 7'041.00</u>	<u>+ Fr.1'692.00</u>
• 2 Erw. 1 J. 1 Ki.	EK. Fr. 60'000	IPV: Fr. 4'389.00	
• <u>2 Erw. 1 J. 1 Ki.</u>	<u>EK. Fr. 60'000</u>	<u>IPV: Fr. 5'985.00</u>	<u>+ Fr.1'596.00</u>
• 2 Erw. 1 J. 1 Ki.	EK. Fr. 72'000	IPV: Fr. 2'537.00	
• <u>2 Erw. 1 J. 1 Ki.</u>	<u>EK. Fr. 72'000</u>	<u>IPV: Fr. 4'133.00</u>	<u>+ Fr.1'596.00</u>
• 2 Erw. 1 J. 2 Ki.	EK. Fr. 72'000	IPV: Fr. 3'497.00	
• <u>2 Erw. 1 J. 2 Ki.</u>	<u>EK. Fr. 72'000</u>	<u>IPV: Fr. 5'189.00</u>	<u>+ Fr.1'692.00</u>
• 2 Erw. 1 J. 1 Ki.	EK. Fr. 84'000	IPV: Fr. 480.00	
• <u>2 Erw. 1 J. 1 Ki.</u>	<u>EK. Fr. 84'000</u>	<u>IPV: Fr. 2'076.00</u>	<u>+ Fr.1'596.00</u>
• 2 Erw. 2 J. 2 Ki.	EK. Fr. 84'000	IPV: Fr. 4'440.00	
• <u>2 Erw. 2 J. 2 Ki.</u>	<u>EK. Fr. 84'000</u>	<u>IPV: Fr. 6'648.00</u>	<u>+ Fr.2'208.00</u>

- **Mittelstand stärken**
- **Familien unterstützen**
- **RentnerInnen entlasten**
- **Kaufkraft erhöhen**
- **Prämienwahnsinn bremsen**
- **Am 13. Februar JA – Herzlichen Dank!**

Evelyn bedankt sich für die Aufmerksamkeit und bittet um Fragen und Anregungen.

Diskussion:

Marco Simon: Gibt es eine Gegenkampagne? Evelyn Borer: Das wissen wir nicht, aber es wird sich NEIN-Parolen geben und allenfalls auch eine Gegenkampagne. Klaus Blättler: Die zusätzlichen Ausgaben sollen max. 30 Mio. Franken betragen. Ist das Mögliche nicht schon bereits heute ausgeschöpft? Wie soll dies bezahlt werden? Evelyn Borer: Aus der laufenden Rechnung, der Kanton steht gut da, ist saniert und kann sich dies leisten. Er hat sich auch

Kantonaler Parteitag

Steuersenkungen leisten können und unsere Forderung ist eine Investition in die Kaufkraft des Mittelstandes.

Antrag GL: JA-Parole

Die Delegierten beschliessen einstimmig ohne Gegenstimme und ohne Enthaltung die JA-Parole für die Volksinitiative für „eine wirksame Verbilligung der Krankenkassenprämien“

2. Referat von Franziska Roth zur FDP Volksinitiative Familienfreundliche Tagesstrukturen, Kantonsrätin und Mitglied der Bildungs- und Kulturkommission

Abstimmungstext lautet:

- «Der Kanton Solothurn schafft die Grundlagen für den Aufbau von Tagesstrukturen in den Gemeinden, zum Beispiel für Mittagstische, Aufgabenhilfe und Randstundenbetreuung. Dabei sind die Bedürfnisse der Kinder, Eltern, Schulen und Gemeinden zu berücksichtigen. Die Gemeinden und die Eltern tragen die Kosten, wobei der Beitrag der Eltern einkommensabhängig zu gestalten ist.
- Der Kanton leistet aus einem zu schaffenden Innovationsfonds Beiträge. Die Gemeinden sind in der Umsetzung autonom; sie vereinbaren mit den lokalen Anbietern Qualitätskriterien.»

Bezahlbare wirksame Lösung?

Die Forderung der FDP

- Die FDP-Volksinitiative schafft das wirksamste Angebot an familiengerechten und bezahlbaren Tagesstrukturen. Flächendeckende Luxuslösungen werden verhindert – den veränderten Bedürfnissen der Familien wird jedoch Rechnung getragen

Die Forderung der SP

- Qualitativ hochstehende Tagesschule ist nie eine Luxuslösung!
- Minimallösungen werden nicht genutzt, sind nicht alltagstauglich, Hütedienst ist keine Tagesschule!

Eltern und Gemeinden sind frei?

Die Forderungen der FDP

- Die Gemeinden sind frei, ob und wie sie Tagesstrukturen einrichten wollen. Sie bestimmen zusammen mit den Eltern das Angebot und die Qualität. Die Benutzung des Angebots liegt in der Entscheidung der Eltern.

Die Forderungen der SP

- Ausgestaltung Gemeindeautonomie:
- Qualität, Umfang, Familienfreundlichkeit wird verschieden interpretiert!
- Chancengleichheit??

Standortvorteil für Gemeinden?

Die Forderungen der FDP

- Gemeinden mit bedürfnisorientierten Betreuungseinrichtungen, wie Mittagstischen, Aufgabenhilfen etc., profilieren sich als familien- und wirtschaftsfreundliche Wohnorte.

Die Forderungen der SP

- Zentrumslast der grossen Gemeinden, Städten!
- SP will pädagogische Tagesstrukturen, Lehrpersonen und Tagesschulpersonal arbeiten Hand in Hand

Wirtschaft und Gewerbe profitieren?

Die Forderungen der FDP

- Die familienunterstützende Betreuung hilft qualifizierten Mitarbeitenden, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Wirtschaft und Gewerbe profitieren von einem erweiterten Arbeitsangebot.

Kantonaler Parteitag

Die Forderungen der SP

Ja.

Wirksame Unterstützung der Familien?

Die Forderungen der FDP

- Familien werden in der Erziehung ihrer Kinder und Jugendlichen mit einem ergänzenden Betreuungsangebot unterstützt.

Die Forderungen der SP

Ja, je professioneller, desto wirksamer.

Förderung der Sozialkompetenz?

Die Forderungen der FDP

- Kinder, die während des Tages familienfreundlich und flexibel betreut werden, profitieren von der Gruppe und werden in ihrer Sozialkompetenz gefördert.

Die Forderungen der SP

- JA!
Um Gleichwertigkeit der Qualität der Tagesstrukturen gewährleisten zu können, braucht es Mindeststandards des Kantons!

Braucht es die Initiative überhaupt?

- Im Sozialgesetz ist die Förderung von familien- und schulergänzenden Betreuungsangeboten durch die Gemeinden bereits verankert.

Halbe Wahrheit!

Kantonsbeiträge sind unabdingbar um:

- Kosten für Gemeinden und Eltern niedrig zu halten
- Mitsprache bei der Qualität verlangen

Schwachstellen

Innovationsfonds!

Der Fonds ist aus meiner Sicht absoluter Blödsinn!

- Jährliche Anpassung der Finanzierung
- Planungsunsicherheit
- An Kantonsrat gebunden
- Pragmatik kommt vor Qualität
- keine Qualitätskriterien
- Der Fonds ist nicht an Mindeststandards gebunden!
- 122 unterschiedliche soziale Gesellschaften??

Die SP geht weiter

- die Rahmenbedingungen für erfolgreiches Lernen verbessert
 - die Sozialkompetenz fördert
 - aktive Integrationsarbeit leistet
 - mehr Bildungsgerechtigkeit schafft
 - zur Gesundheitsförderung und Gewaltprävention beiträgt
 - die Eltern unterstützt
 - die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Gleichstellung von Mann und Frau ermöglicht
- Mindeststandards für:
- Personal, Räume, Gesundheit, Ernährung, Sicherheit, Kultur, Zusammenarbeit mit den Eltern, Zusammenarbeit mit der Schule, Beziehungen nach außen, Freizeit und Medien

Kantonaler Parteitag

Die Initiative ist bei weitem nicht das Gelbe vom Ei, ebenso nicht das Blaue vom Himmel, aber etwas Eiweiss hat es dennoch daran, daher geht sie in die richtige Richtung und wir sollten Ihr zustimmen.

Diskussion: kein Wortbegehren

Antrag Geschäftsleitung: JA-Parole, ohne Begeisterung

Die Delegierten beschliessen einstimmig bei 3 Enthaltungen die JA-Parole für die Volksinitiative für „Familienfreundliche Tagesstrukturen“.

3. Referat von Philipp Hadorn, Kantonsrat aus Gerlafingen „Neubau eines Parkhauses für das Kantonsspital Olten Bewilligung eines Verpflichtungskredites“

Als ich heute beim kurzen, gemeinsamen Nachtessen in der Familie sagte, dass ich hier am SP-Parteitag für die Ja-Parole für ein Parkhaus referiere, meinte einer meiner drei Teenager, dies sei ein schlechter Scherz. Verständlich. Als Jugendlicher war ich Aktivist gegen die N5, inzwischen als grosser Anhänger des öV bekannt und beruflich bin ich als Gewerkschafter für diesen engagiert.

Trotzdem: Zu einem Spital gehören Parkplätze. Das gilt auch für das Kantonsspital Olten (KSO).

- Parkplätze für die rund 250 stationären PatientInnen und ihre BesucherInnen, die nicht alle den öV benutzen wollen und vor allem können;
- Parkplätze für die stetig wachsende Zahl von ambulanten PatientInnen, die ebenfalls nicht alle wieselflink sind;
- Parkplätze vor allem aber für die gut 1'000 MitarbeiterInnen, die mit ihren zum Teil unregelmässigen Arbeitszeiten (Spätschicht, Piketteinsatz) auf ihr Auto angewiesen sind.

Die Spitäler werden mit Einführung der freien Spitalwahl und von DRG demnächst in harter Konkurrenz stehen zueinander. In einem solchen Umfeld ist es wichtig, dass das Gesamtangebot eines Spitals stimmt. Dazu gehört auch aus unserer Sicht ein ausreichendes Parkplatzangebot. Das bestehende Parkplatzangebot auf dem Spitalareal ist aus dieser Sicht absolut ungenügend. Der Regierungsrat hat deshalb 2006 einen entsprechenden kantonalen Nutzungsplan (Teilzonen-, Erschliessungs- und Gestaltungsplan) erlassen, der 650 Parkplätze für das KSO vorsieht. In diesem Verfahren wurde auch die Umweltverträglichkeit geprüft und bestätigt.

Zum Projekt:

507 dieser insgesamt 650 Parkplätze sollen in einem Parkhaus realisiert werden, und um dieses Parkhaus geht es in dieser Vorlage. Das Parkhaus hat drei Ober- und zwei Untergeschossen und weist einen direkten Verbindungsgang zum Spital auf. Er soll als kostengünstiger, teilvorfabrizierter Beton-Skelettbau erstellt werden. Die Fassadengestaltung wurde im Rahmen eines Wettbewerbs festgelegt. Das ganze Gebäude ist unbeheizt, so dass weder Wärmeisolation noch Heizung erforderlich sind. Ein wichtiges Detail: Auf Anregung unserer UMBAWIKO-Mitglieder, namentlich von Fabian Müller, wird das Flachdach des Parkhauses so konstruiert, dass zusätzlich eine Photovoltaikanlage installiert werden kann. Durch die Situierung des Parkhauses, zwischen der Einfahrt von der Baslerstrasse und den Spitalgebäuden, werden ausserdem die künftigen Entwicklungsmöglichkeiten des Spitals nicht eingeschränkt.

Zur Wirtschaftlichkeit:

Für die Realisierung des Parkhauses wird daher ein Verpflichtungskredit von 16,1 Mio. Franken beantragt. Der Kanton Solothurn bleibt, wie es dies das Spitalgesetz vorsieht, Eigentümer des Parkhauses. Er vermietet das Parkhaus kostendeckend für eine knappe Million Franken pro Jahr (6,0% der Investitionskosten) an die soH. Der soH entstehen für das

Kantonaler Parteitag

Parkhaus jährliche Kosten von gut 1,1 Mio Franken pro Jahr (Fr. 1'148'913 (Miete Fr. 962'663, Amortisation Parkplatzbewirtschaftungsanlage Fr. 56'250.– und Betrieb Fr.130'000.–). Diesem jährlichen Aufwand stehen prognostizierte Einnahmen von gut 1,5 Mio Franken pro Jahr gegenüber. Während der zu erwartenden Lebensdauer des Parkhauses von mindestens 60 Jahren ist daher insgesamt mit einem Netto-Ertrag von mindestens 23,7 Mio. Franken zu rechnen.

Eine Nebenbemerkung:

Ursprünglich war ja eine andere Finanzierungslösung vorgesehen, ein sogenanntes PPP-Modell – Public Private Partnership-Finanzierung). Gegen ein solches Modell hat sich unsere Fraktion im Kantonsrat in letzter Minute erfolgreich gewehrt. Das hat zum Teil auch in unseren Reihen zu Kritik geführt. All diesen sagen wir:

Aus unserer Sicht sind öffentliche Infrastrukturen nach wie vor von der Öffentlichkeit zu diskutieren und zu legitimieren und durch die Öffentlichkeit zu finanzieren. Wir bieten nicht Hand zu Finanzierungsmodellen, die

- a) rechtlich nicht zulässig sind (dieser Meinung ist übrigens jetzt auch der Regierungsrat),
- b) intransparent und für die Öffentlichkeit wenig durchschaubar
- c) Privaten risikolos Profite zuschanzen
- d) für den Staat und die Benutzer insgesamt ungünstiger und teurer werden (zumal angesichts der aktuellen Finanzlage des Kantons) und
- e) schliesslich auch das Submissionsrecht problemlos umgangen werden kann.

Grundsätze kommen bei uns immer noch vor Parkplätzen. Die durch unser Fraktionschef Markus Schneider initiierte Zusatzschleife hat sich deshalb gelohnt, denn jetzt liegt ein rundum ausgewogenes Projekt vor:

- Das Parkhaus entspricht einem ausgewiesenen Bedarf;
- Es ist ökologisch optimiert;
- Es verbessert die Patienten-, Besucher- und Mitarbeiterzufriedenheit;
- Es belastet die Erträge beim Kanton respektive bei kantonalen Unternehmen.

Ich bitte darum, Euch heute Abend der geschlossenen Kantonsratsfraktion anzuschliessen und die Ja-Parole zu beschliessen.

Diskussion: kein Wortbegehren

Abstimmung: Antrag GL Einstimmig JA zum Verpflichtungskredit

Die Delegierten sprechen sich einstimmig und bei 1 Enthaltung für ein JA zum Verpflichtungskredit aus.

Alle Referentinnen und der Referent erhalten als Dank für ihre Präsentationen eine Flasche Rotwein und von den Anwesenden grossen Applaus

8. Wahlen 2011

Evelyn Borer begrüsst Min Li.

Referat von Min Li Marti, Kampagnenleiterin der SP Schweiz

Für sie sei ein Auftritt im Kanton Solothurn ein Heimspiel, weil in Olten aufgewachsen. Wohnt heute in Zürich, ist Gemeinderätin, SP-Fraktionschefin und arbeite bei der SP-Schweiz, gemeinsam mit Andrea Sprecher habe sie die Wahlleitung.

Kantonaler Parteitag

Kampagne 2010

2007: Rückblick und Konsequenzen

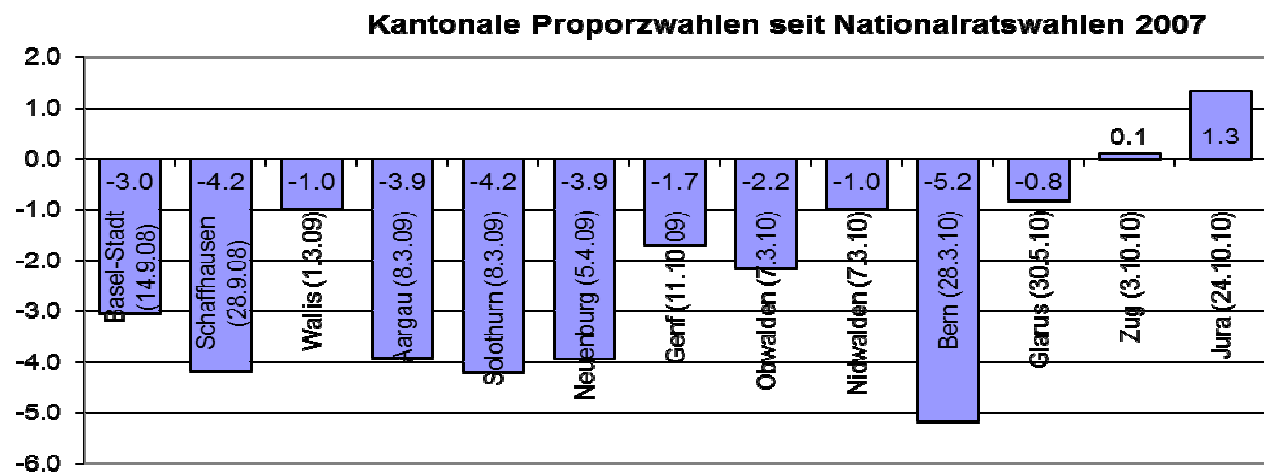
Resultat:

- Verlust der SP: von 490'000 auf 450'000; -40'000 WählerInnen; pro Kanton 1500 WählerInnen; pro Sektion 30 WählerInnen

Drei Konsequenzen:

- Konzentration statt Verzettelung
- Einheitlichkeit in Inhalt und Auftritt
- Keine Fokussierung auf den Gegner

Kantonale Wahlen 2007-2011



Ausgangslage Gesellschaft

- Persönliche Krisenbetroffenheit weniger stark als gedacht – allerdings regionale Unterschiede
- Aber: Verbreitetes Unbehagen gegenüber Ursachen, Verursachern und Bewältigung der Krise

Schlussfolgerung

- Schlussfolgerung 1: Es gibt als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise keine automatischen SP-Wahlerfolge
- Schlussfolgerung 2: Es muss uns gelingen, unsere Kernthemen Sozial- und Wirtschaftspolitik in den Vordergrund zu stellen

Wahlen 2011 eminent wichtig

- Trendwende oder weiterhin «Verliererpartei»
- Wahlkampagne wird auch Bundesratswahlkampagne. Wir müssen gewinnen, sonst Gefahr eines Verlustes im Bundesrat real → Marginalisierung der SP von mitte-rechts, inhaltlich und personell

Strategie Wahlen 2011

- Elektorat: soziale Frage verbindet kleine Einkommen UND neue Mittelschichten
- Konzentration auf Wirtschafts- und Sozialpolitik
- Positionierung und Image: sozial und fortschrittlich: Ja-Slogan – aufzeigen von Perspektiven und Hoffnung

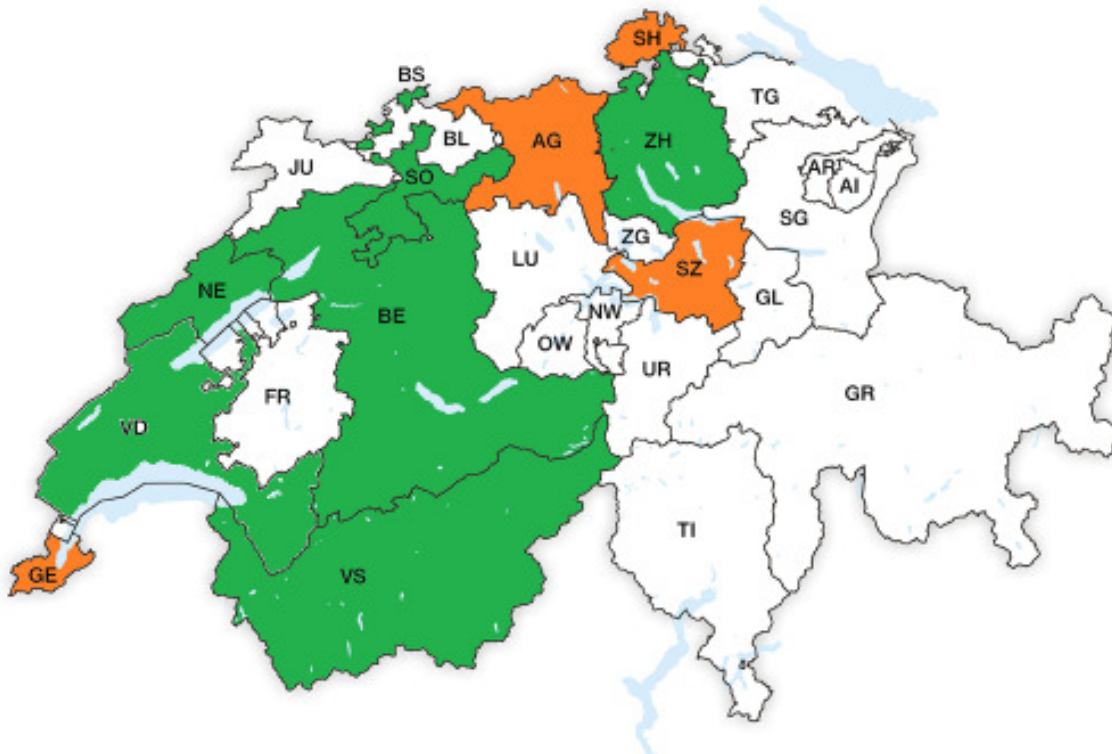
Botschaft

Wir haben die Wahl: Wollen wir weiterhin eine Politik im Interesse von ein paar wenigen, die sich immer noch mehr nehmen? Oder wollen wir eine Politik für die ganze Bevölkerung?

Kantonaler Parteitag

Wir sind dann stark, wenn wir miteinander Verantwortung übernehmen und nicht jeder für sich selber schaut. Dafür kämpft die SP. Im Alltag, in der Wirtschaft und in der Politik

Ausgangslage Nationalrat nach Kantonen



Legende:

Grün: Gewinne sind möglich. Orange: Verluste sind möglich. Weiss: eher gleichbleibend

Ausgangslage Ständerat nach Kantonen



Legende:

Grün: Gewinn ist möglich. Orange: Verluste ist möglich. Weiss: eher gleichbleibend

Kantonaler Parteitag

Umsetzung

1. Laufende Initiativen: Cleantech-Initiative, Initiative „Mindestlohn für alle“, Initiative „öffentliche Krankenkasse“, Allenfalls Initiative für eine Erbschaftssteuer
2. Einheitliche Kampagne: Dachkampagne mit den Kantonalparteien – einheitlicher Auftritt in Inhalt und Form
3. Mobilisierung (zwei Pfeiler): Mobilisierung via BotschafterInnen, Mobilisierung via eCampaigning

Dachkampagne: Elemente

Dachkampagne als Dienstleistungsangebot für Kantonalparteien

Grafischer Auftritt: Vorlagen, Kandidierendenfotoanlässe, Internet, Koordinierte Inserate- und Plakatkampagne, Give-aways, Wahlzeitung

Wahlkampfplanung

Fünf Phasen des Wahlkampfes:

- Vorbereitung- und Aufbauphase (bis Ende Feb)
- Interner Wahlkampf-Phase (März-Mai)
- Vorwahlkampfphase (Juni-Aug)
- Hauptwahlkampfphase (Sept-Okt)
- Schlussmobilisierungsphase (letzte Woche)

Organisation

Kampagnenleitung: Andrea Sprecher / Min Li Marti
Leitung Westschweiz: Jean-Yves Gentil
Dachkampagne: Andrea Bauer
Mobilisierung: Severin Toberer, Stefan Krattiger
Internet: Yves Bertrand

Wahlausschuss SP Schweiz – Kantonalparteien

ZH, BE, AG, BS, GR, CH
Coordination romande, CH

Diskussion: kein Wortbegehren

Evelyn Borer bedankt sich bei Min Li ganz herzlich und überreicht ihr eine Flasche Wein, Applaus.

8. Initiative für den Schutz vor Waffengewalt

Roberto Zanetti: Wir haben uns in der Pause entschlossen, anstatt ein Referat einzig von mir, ein Kontradiktorisches Gespräch zu führen. Peter Brudermann, SP-Mitglied aus Selzach ist ein Gegner der Initiative

Roberto Zanetti:

Man muss festhalten, die Initiative schafft die Armee nicht ab, es gibt kein Jagdverbot und auch die Schützenvereine werden nicht abgeschafft. Die Kastrationsangst ist also unbegründet. Es geht einzig und allein um den Missbrauch mit Schusswaffen. Wir haben 390 Schusswaffentote zu beklagen, das sind mehr Opfer als die Amerikaner im Afganistankrieg zu beklagen haben.

Peter Brudermann:

In der Schweiz gibt es 2'000'000 Schusswaffen, mit der Initiative müssten davon 10% ins Zeughaus, was geschieht dann mit den Restlichen? Wie soll die Kontrolle gewährleistet sein?

Kantonaler Parteitag

Die Initiative gefährdet weiter die Jungschützen und das Obligatorische wird fallen. Es kann doch nicht sein, dass die Schützen dafür die Gewehre im Zeughaus holen müssen. Bei einer Annahme werden 80% der Schützen aufhören.

Roberto Zanetti:

„Gewehre müssen in gesicherten Räumen aufbewahrt werden“, dies ist der Text im Abstimmungsbüchlein. Dies kann genauso gut in einem Schützenhaus sein. Abgesehen davon, sind auch Schwingfeste nicht obligatorisch, sind friedliche Feste und haben deswegen nicht wenige Teilnehmer. Übrigens haben wir eine viel zu grosse Armee, wie wäre sonst die Langeweile der WK-Soldaten während 3 Wochen zu erklären. Logistisch sollte die gesicherte Aufbewahrung keine Probleme darstellen, sonst hat die Armee schon heute einen Erklärungsnotstand.

Peter Brudermann:

Von möglichen geschützten und gesicherten Räumen in Schützenhäuser habe ich noch nie etwas gehört.

Roberto Zanetti:

Bis auf den Schiesssport gibt es keine Sportart die in der Verfassung verankert ist, das ist doch Blödsinn. Aber wir werden uns noch auf eine grosse Kampagne der Gegner gefasst machen müssen. Seit Jahren werden gegen die Initiative „Fünflieber“ gesammelt, die Gegner reagieren reflexartig und gehen keine Kompromisse ein. Diesbezüglich wird noch eine Feuerwalze auf uns zukommen. Wir sprechen von Waffen und nicht von Fischerruten, für dessen Gebrauch es eine Prüfung abzulegen gilt, dies ist doch absurd. Die Erläuterungen sind doch klar: Für Sammler, Jäger und Schützen sind Sonderregelungen vorgesehen und ein eidgenössisches Waffenregister sollte auch kein darstellen. Jedes Mofa, Bienenvolk, Tier, alles muss registriert werden, dass dies mit Waffen nicht gelten soll, womit Menschenleben geopfert werden, versteht doch kein Mensch.

Peter Brudermann:

Die Schützenvereine haben eine lange Tradition und leisten für die Armee wichtige Ausbildungsaufgaben. Falls die Gewehre im Zeughaus geholt werden müssten, werden sich davon viele Schützen abwenden.

Yves Fankhauser:

Im Bucheggberg gibt es schon heute nur noch wenige Vereine, den Rückgang mit der Initiative zu verbinden, ist falsch. Daher kann eine allfällige Annahme der Initiative und ein damit verbundener Rückgang des Schiesssports nicht in Zusammenhang gebracht werden. Ich plädiere ganz klar für ein JA.

Rudolf Hartmann:

Waffen verursachen viel Elend, jede Massnahme dagegen ist daher zu unterstützen, deshalb ein JA zur Initiative.

Klaus Blättler:

Die Logistik kann kein Grund sein für ein Nein. Wenn man bedenkt, welche Distanzen heute nur schon für den Arbeitsweg zurückgelegt werden, kann es doch keine Sache sein, einmal im Jahr ins Zeughaus zu gehen, um das Gewehr zu holen. Die Munition muss ja so oder so schon heute auswärts besorgt werden, warum denn nicht auch gleich das Gewehr.

Kein Wortbegehren

Evelyn Borer: Die SP verzichtet auf eine Parolenfassung, übernimmt sie von der SP-Schweiz und beschränkt sich auf kantonale Vorlagen, bedankt sich für die angeregten Diskussionen und überreicht den Kontrahenten eine Flasche Wein. Applaus.

9. Varia

Han van der Klaji

Kantonaler Parteitag

Heute ist der 13. Januar und damit „Hilari“ und Fasnachtsbeginn. Die Geschäftsleitung möge in Zukunft darauf achten, dass an solchen Tagen keine Parteiveranstaltungen geplant werden. Applaus.

Evelyn Borer:

Dankt für den Hinweis, nimmt das Anliegen entgegen und verspricht dass man künftig vermehrt auch auf andere Anlässe Rücksicht nehmen wolle. Allerdings besteht keine Absicht dahinter.

Franziska Roth:

Als Kompensation für die Fehlplanung in Sachen Termine, hat Franziska Roth einen Beitrag vorbereitet, der fasnächtlich-politisch-kritisch-witzig und gespickt mit sozialdemokratischer Würze, bepackt ist.

*„Genossine und Genosse hüt si mir rote mou unverschämt
zeige uf misständ si eifach hilarifari unverblüemt
us erschts muess ich ig euch warne
duet nech vor böse chline agriff tarne
D grippewälle isch wieder am rumore
D bazille und vire mache furore (flüüge üs um d’ohre)
Aui im öffentliche dienscht sötte sich lo impfe
Oder mindeschtens e mundschutz träge süsch tuet dr kantonsarzt schimpfe
Doch genossinne und genosse die Grippe-Pandemie,
cha für üs spzialdemokrate nützlich si.
S wird denn nämlich agnähm still, s git nüt me z säge
wenn alli SVP’ler e Mundschutz dräge.
Und wen die choge cheibe lügner nümme so guet chasch verstoh
Wärde au gsundheitschöschte nochelohh
Hejo, Chrank si darfsch hüt nümme,
es isch drum hailloos schlimm.
Denn das chönne sich die meischte
bi dänne Prise gar nimm leischte!
Ei lösing für das problem schlöh mir de stimmende nun vor
Runter mit d prämie sisch doch wohr
E jeedes Joor e nüie Prämie-Schock,
do druff hei mir nit dr gringschti Bock!
E andere lösing wär mir würde d’ chrankheite nöi istufe
D’ prämie giengte de nur für d’ angschtpatiente ufe
Chrank wäre de nämlich nümme öpper mit grippe oder eme rüggegebräche
Sondern eine wo mit sire panik angeri muess bestäche
auso öpper wo angscht vor schöne türmli und bunte kopftüecher het,
wo vor angst nümme is usland wett
wo angscht het vor mönsche us aune hereländer
wo unger jedem rock oder so ähnliche gwänder
e terroristisch gseht und e potenzielle räuber hinger jedere ecke
Wo d’ froue us iversucht wider a händ wott stecke
Wo d’ schwizermanne aui mit gewehr wott bewaffne
und d’ froue wider deheime lo schaffe
für die chrankheit hätt ig au scho e name, und zwar e patente
SVP für stark verwirrti patiente!!!
Liebi genossinne und genosse hüt isch hilari
Zyt für charte ufe tisch zlegge, mit em finger ufse zeige, uf au die larifari*

Kantonaler Parteitag

Do gohts Um politiker um schlimmi bursche und hüeflosi gschöpf
Do gohts um dene ihri rote zahle, um ihri schwarze, grüne oder gäle chöpf
Doch mir müesse üs vor lingge gäge die rächte site
nid um e erscht platz striite
Dä gwünnt hür einzig und elei
Die christlich demokratische volkspartei
Dir froget euch jetzt sicher stärkeföifi wieso die schwarze
Die wo immer und überau nur mit antworte gäh harze
Ebe drum, mi muess die dört lo wo sie si
die sie so apathisch i ihrer letargie Die chmöe nämlich niene anders hi,
die chasch weder mit neue idee noch bestächende argument vor mitti wäg bewege
die muesch ufe erscht platz ufe hebe
damit me wenigstens einisch über si cha rede
jede wahlbarometer duets bestätige,
erscht chürzlich hesch dir das chönne vergägewärtige
wie der politolog hermann berächnet vo links bis rächts, vo unge bis obe
cvp isch niene einzig bdp und glp wärde us der tauft ghobe
jensits vo rächts und links wird niemer gnennt
usser dass d' mitti unglaublich pennt
mir lingge und rote
wärde witerhin für forore sorge
Üsi michelin Calmy-Rey machts vor, sie betriibt aktiv Politik
Und stosst drmit in Bärn uff viel Kritik
Verärgeret die besonnene und bedächtige fründe
Duet mit ihrem ussepolitische gehabe eis fürwärd am angere azünde
Macht e lärm und ganz viel wind
So dass ihri kollege numme guet uf se z spräche sind!
Hejo, mir verstöh doch die andere bundesröt sehr guet
Dass sie sich nerve, wüu d' calmy rey so duet
mir fände so öbber au saudoof
Wo eim stört bim Winterschloof
Genossinne und genosse nähme mir es bispüu ar calmy rey und wecke die schlofende lüt
S' wahljohr 2011 beginnt für üs mit hüt!
Jetzt wird dr chueche für's bundeshus bache
Jetzt chunnt us, wäre weles stück bekunnt, und wär im novämber cha lache
i bi zueversichtlich dass mir chöi gwünne
und dr abstang zur SVP chöi verdünne!
denn mir vor SP hei stil und charme
Würke vernünfftig und härzlich warm
Jawohl üs chame wähle ohne schlächts gwüsse
Stürhingerziehig vo däm wie mir nüd wüsse
Und wenn s de eine breicht wie dr heinz vor gägesite
Denn wei mir nid härter si und handle nach SP sitte!
Es git lüt wo säge, bis zum urteil söu är bim parlamänt i usstang trätte
Er sig e sürmu und finanziell de grad gar nid e nätte
Mir haute wie scho bir abstimig zur ussachffigs initiative a üsne soziale wärte fescht und
düe üs wäge däm nid verwandle
Mir wie aui lüt wo vor gricht stöh glich behandle
Dä söu bis zum urteil nume witer politisiere
Söu sich nid müesse geniere

Kantonaler Parteitag

*Mir wie dä aklagti jo nid zwöi mou strofe
dä arm cheib muess jo scho Z gränche schaffe und schlofe,
für d' gägner würke mir somit mängisch sogar arrogant
doch nei mir vor SP si säubschtbewusst und galant
mir hei d wiisheit nid mit der suppechöue glöfflet
mir si eifach vo natur us schlau!“*

Grosser Applaus.

Evelyn Borer bedankt sich für die angeregten Diskussionen, bedankt sich bei den zahlreich erschienen Delegierten und Gäste und wünscht allen eine gute Heimreise. Am 7. April findet der nächste Parteitag in Biberist statt.

Ende der Versammlung: 22.00 Uhr.

Für das Protokoll: Niklaus Wepfer, 3. März 2011